AWO zur Ablehnung des Branchentarifvertrags: „Ein trauriger Tag für die Pflege“



Bildzeile: Das Team des ambulanten Pflegediensts der AWO Ruhr-Lippe-Ems im Kreis Unna mit Pflegedienstleitung Margret Höner (l.) und Fachbereichsleiter Magnus Memmeler (r.) nach der erfolgreichen Zertifizierung durch den TÜV Rheinland im vergangenen Jahr. (Archivfoto: AWO Ruhr-Lippe-Ems, Stefan Kuster)

Am Donnerstag hat die Arbeitsrechtliche Kommission der Caritas den Antrag der Bundesvereinigung Arbeitgeber in der Pflegebranche (BVAP) und der Gewerkschaft Verdi, den Tarifvertrag für die Altenpflege über eine Rechtsverordnung für allgemeinverbindlich zu erklären, abgelehnt. Entscheidend waren die Stimmen der Dienstgeberseite. Rainer Goepfert,

Geschäftsführer der AWO Ruhr-Lippe-Ems, schließt sich der Kritik des Bundesverbands der Arbeiterwohlfahrt an: „Ich bedauere diese Entscheidung und bin, wie unsere Mitarbeiter*innen in der Altenpflege, zutiefst enttäuscht, dass es erneut nicht gelungen ist, einen allgemeingültigen Tarif für die Pflege auf den Weg zu bringen. So drücken wir ihnen als Gesamtgesellschaft nicht die Wertschätzung aus, die sie verdienen."

Goepfert erläutert: „Ich hätte mir ein deutlich anderes Ergebnis gewünscht. Denn wir brauchen gute Fachkräfte und wollen ihnen nach der Ausbildung und im Laufe ihres Berufslebens auch eine gute und gesicherte finanzielle Perspektive bieten. Deshalb wenden wir als AWO bereits einen mit Verdi ausgehandelten Tarif an, der deutlich über der nun vereitelten Lösung liegt." Der Geschäftsführer unterstreicht: „Gemeinsam mit dem Kreis Unna und einem breiten Bündnis engagieren wir uns für ein gutes Image und die Verbesserung der Bedingungen in der Pflege. Diese Entscheidung der Arbeitsrechtlichen Kommission der Caritas konterkariert diese Bemühungen."

Jens M. Schubert, Vorstandsvorsitzender des AWO Bundesverbandes, hatte gestern erklärt: „Diese Entscheidung lässt mich schlicht fassungslos zurück. Es ist ganz einfach: Altenpflegekräfte sollen und müssen endlich besser bezahlt, ein fairer Wettbewerb, der nicht über die Löhne geführt wird, muss etabliert werden. Ein für alle geltender Branchentarifvertrag hätte das erreichen können. Die Situation der Pflegefachkräfte in der Altenpflege ist seit Jahren mehr als angespannt. Der erstreckte Tarifvertrag wäre dagegen ein Meilenstein auf dem Weg zu einer anständigen Bezahlung und damit zu besseren Arbeitsbedingungen, einer Entlastung der Pflegekräfte und einem Ende des Fachkräftemangels gewesen. Dass die Arbeitsrechtliche Kommission der Caritas sich zum Nachteil einer ganzen Berufsgruppe querstellt, zeigt leider, welche Wertschätzung sie dieser entgegenbringt. Ein trauriger

Tag für die Pflege.“

Informationen zu den Pflegeangeboten der AWO Ruhr-Lippe-Ems: http://www.awo-rle.de/leben-im-alter>

Firma Blass spendet 8000 medizinischen Masken für Bergkamener Schulen und Sportverein



Holger Blass (l.) übergibt 600 medizinische Masken an Martina

Hoppe und Atreo Rheindorf.

8.000 medizinische Masken hat Holger Blass – Garten- und Landschaftsbau – gespendet. Die Masken haben zum einen Schulen und Offene Ganztagsschulen in Bergkamen, aber auch Sportvereine erhalten.

Heute sind die letzten 600 Masken von Herrn Holger Blass direkt an die Schulleiterin der Gerhart-Hauptmann-Schule Martina Hoppe und den Leiter der OGS Atreo Rheindorf übergeben worden. Beide sind erfreut über die Spende, kommen doch immer wieder Schülerinnen und Schüler in die Schule, weil sie von den Eltern keine Maske bekommen haben. „Gerade diesen Schülerinnen und Schülern können wir so sehr unbürokratisch helfen und ihnen die Teilnahme am Unterricht und der Ganztagsbetreuung ermöglichen“, sind sich Frau Hoppe und Herr Rheindorf einig.

Startschuss für den neuen Ausbildungsjahrgang zur Pflegefachkraft in Bergkamen – noch freie Plätze

TÜV NORD Bildung bietet die noch junge Ausbildung mit dem Berufsabschluss „Pflegefachfrau/Pflegefachmann“ ab dem 1. April 2021 in insgesamt fünf Pflegeschulen an, unter anderem in der Pflegeschule Bergkamen. Interessenten können sich noch bewerben!

Seit dem vergangenen Jahr besteht die Möglichkeit, sich als „Pflegefachfrau“ bzw. „Pflegefachmann“ ausbilden zu lassen. Im

Gegensatz zu davor gültigen Berufsabschlüssen, z.B. zum Alten- oder Gesundheits- und Krankenpfleger, ist die neue Ausbildung generalistisch ausgerichtet: Die Azubis werden in der 3-jährigen Ausbildung dazu befähigt, die Pflege von Menschen aller Altersstufen zu übernehmen. Dennoch ist eine Spezialisierung möglich: Vier bis sechs Monate vor Beginn des letzten Ausbildungsdrittels können sie einen Schwerpunkt setzen und den Abschluss mit dem Schwerpunkt „Gesundheits-und Kinderkrankenpflege“ oder „Altenpflege“ erwerben. Der generalistische Abschluss bietet jedoch den entscheidenden Vorteil, dass die Nachwuchskräfte später jederzeit den pflegerischen Versorgungsbereich wechseln können. Weiteres Plus: Der Berufsabschluss ist in allen EU-Mitgliedsstaaten anerkannt, so dass eine Tätigkeit im europäischen Ausland ohne weiteres möglich ist.

TÜV NORD Bildung bietet die generalistische Ausbildung ab dem 1. April 2021 in der Pflegeschule Bergkamen an.
Interessenten können sich melden unter Telefon 02307 208645 oder per E-Mail gesundheitundpflege@tuev-nord.de
 Start:
1. April 2021, Pflegeschule Bergkamen, Kleiweg 10, 59192 Bergkamen, Telefon 02307 208645
Ein weiterer Start ist für Oktober 2021 geplant.
 Voraussetzung:
Mind. Hauptschulabschluss Klasse 10
 Dauer: 3 Jahre

Einbruch im Tourismus: Zahl

der Gäste im Kreis Unna halbiert – Gewerkschaft fordert Öffnungsperspektive für Hotels und Gaststätten



Warten auf Gäste: Restaurants, Kneipen und Hotels sind seit Monaten im Lockdown. Die Gewerkschaft NGG fordert von der Politik eine Öffnungsstrategie für die Branche. Foto: NGG

Corona sorgt für Einbruch im heimischen Tourismus: Den Kreis Unna haben im vergangenen Jahr nur noch rund 101.000 Gäste besucht – etwa halb so viele wie im Vorjahr (minus 53 Prozent). Die Zahl der Übernachtungen sank um 47 Prozent auf 227.000. Das teilt die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) mit und beruft sich hierbei auf aktuelle Zahlen des Statistischen Landesamts. „Das Gastgewerbe erlebt eine historisch einmalige Krise, die auch die Beschäftigten mit

voller Wucht trifft. Jetzt müssen Bund und Länder endlich einen Plan vorlegen, wie es im März weitergehen soll“, so Torsten Gebehart, Geschäftsführer der NGG-Region Dortmund. Am 3. März verhandeln Bundeskanzlerin Merkel und die Ministerpräsidenten der Länder über Lockerungen der aktuellen Corona-Maßnahmen.

„Hotels, Pensionen, Restaurants und Kneipen sind schon seit Anfang November geschlossen. Wenn die Politik jetzt keine Öffnungsperspektive bietet, droht vielen Betrieben das Aus und den Beschäftigten Arbeitslosigkeit“, betont Gebehart. Entscheidend seien hierbei einheitliche Auflagen und detaillierte Hygienekonzepte in den Betrieben. Der Hotel- oder Restaurantbesuch dürfe unter keinen Umständen zum Infektionsherd werden. „Die Beschäftigen haben bereits im letzten Sommer gezeigt, dass sie geeignete Hygienekonzepte optimal umsetzen können, um sich zu schützen und den Gästen ein sicheres Restauranterlebnis zu ermöglichen“, so die NGG.

Viele Hotels und Gaststätten könnten auf bewährte Maßnahmen zurückgreifen, um das Infektionsrisiko auf ein Minimum zu reduzieren. Die Firmen müssten neben den Gästen auch das Personal bestmöglich schützen. Dazu gehörten unter anderem kostenlose FFP2-Masken für Beschäftigte und die Einhaltung der vorgeschriebenen Arbeitszeiten.

Zugleich sieht die Gewerkschaft die Politik in der Pflicht, die Einkommenseinbußen der Beschäftigten in Kurzarbeit auszugleichen. „Wer das Gastgewerbe über viele Monate schließt, muss auch die Folgen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedenken. Wir brauchen dringend ein Mindest-Kurzarbeitergeld von 1.200 Euro im Monat“, so Gebehart. Selbst wenn Hotels und Gaststätten schrittweise wieder öffnen dürften, sei ein Großteil der Beschäftigten noch monatelang auf das Kurzarbeitergeld angewiesen. Ohne eine Aufstockung kämen die Menschen damit aber nicht länger über die Runden.

Kommunales Integrationszentrum lädt zur Online-Lesung „Sprache und Sein“ mit Kübra Gümüşay ein



Kübra Gümüşay

Wie können wir als Gesellschaft über unsere Probleme sprechen, ohne den Hass der Rechten zu nähren – respektvoll, wohlwollend, ohne Angst vor Fehlern? Wie können wir frei sprechen? Am Donnerstag, 4. März lädt das Netzwerk gegen Zwangsheirat und Gewalt in der Familie im Kreis Unna in Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Integrationszentrum Kreis Unna (KI) zu einer Online-Lesung und Gesprächsrunde mit Autorin Kübra Gümüşay ein. Die Veranstaltung findet im Rahmen des internationalen Frauentags am 8. März statt.

Kübra Gümüşay setzt sich seit langem für Gleichberechtigung und Diskurse auf Augenhöhe ein. In ihrem ersten Buch „Sprache und Sein“ geht sie der Frage nach, wie Sprache unser Denken

und Handeln prägt und unsere Politik bestimmt. Die Lesung am Donnerstag, 4. März findet um 19 Uhr über Zoom statt. Die Einwählphase beginnt ab 18.45 Uhr.

Bei Interesse bittet das KI um eine E-Mail mit folgenden Angaben: Evtl. Institution, Vor- und Nachname und E-Mail-Adresse an Sevgi Kahraman-Brust (KI), sevgi.kahraman-brust@kreis-unna.de. Zur Bestätigung gibt es eine Rückmeldung, mit den Zugangsdaten zu der Zoom-Online-Veranstaltung. Ein Dank geht an die MitmachStadtSchwerte für die technische Unterstützung. PK | PKU

IG BAU sucht im Kreis Unna nach Vorzeige-Betriebsräten



Bauarbeiter mit Atemschutzmaske: Auch der Arbeits- und Gesundheitsschutz zählt zu den Aufgaben von Betriebsräten. Die IG BAU appelliert an Beschäftigte, sich gerade in Krisenzeiten um die Vertretung ihrer Interessen im Betrieb zu kümmern. Foto; IG BAU

Engagierte Betriebsräte gesucht: Arbeitnehmervertreter, die sich im Kreis Unna während der Coronakrise besonders um die Belange von Beschäftigten verdient machen, sind preisverdächtig. Noch bis Ende April können sie sich um den Deutschen Betriebsräte-Preis 2021 bewerben. Dazu hat die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) aufgerufen. „Von der Aufstockung des Kurzarbeitergeldes über einen wirksamen Gesundheitsschutz im Job bis hin zum Umgang mit einer drohenden Insolvenz – die Arbeit von Betriebsräten ist wichtiger denn je“, sagt IG BAU-Bezirksvorsitzender Friedhelm Kreft.

Die Gewerkschaft appelliert zugleich an Beschäftigte im Kreis, eine Arbeitnehmervertretung zu gründen, wo es bislang keine gibt. „Gerade in der Baubranche mit vielen kleinen Handwerksunternehmen ist in puncto Mitbestimmung noch viel Luft nach oben. Beschäftigte sollten sich aus Angst vor dem Chef aber nicht um ihr Recht bringen lassen und eine Vertretung wählen“, so Kreft. Ein Betriebsrat kann bereits in Firmen ab fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegründet werden und bringt nicht nur Beschäftigten, sondern auch Unternehmen viele Vorteile.

Nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) wurden zuletzt 41 Prozent der Beschäftigten in Westdeutschland von einem Betriebsrat vertreten. In der Bauwirtschaft liegt die Quote bei lediglich 15 Prozent.

Außerdem ruft die IG BAU Westfalen Mitte-Süd die Bundestagsabgeordneten aus der Region dazu auf, das von Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) vorgelegte „Betriebsrätestärkungsgesetz“ zu unterstützen. Der Entwurf

sieht vor, dass Beschäftigte, die eine Betriebsratswahl vorbereiten, schwerer kündbar sind. Nach Beobachtung der IG BAU werden Initiativen zur Gründung von Betriebsräten häufig mit allen Mitteln blockiert – mit zum Teil harten persönlichen Folgen für die engagierten Beschäftigten, die um ihren Arbeitsplatz fürchten müssten.

Laut Gesetzentwurf sollen Arbeitnehmervertreter zudem bei Themen wie dem mobilen Arbeiten und Künstlicher Intelligenz mehr Mitsprache erhalten. Obwohl das Vorhaben im Berliner Koalitionsvertrag vereinbart worden war, stieß es zuletzt auf den Widerstand der Union.

Der Deutsche Betriebsräte-Preis steht unter der Schirmherrschaft des Bundesarbeitsministeriums und ist eine Initiative der Fachzeitschrift „Arbeitsrecht im Betrieb“. Die Auszeichnung wird seit 2009 verliehen und zeichnet engagierte Interessenvertretungen unabhängig von Branche und Betriebsgröße aus. Bewerbungsschluss für den Preis ist in diesem Jahr der 30. April. Weitere Infos online unter: www.betriebsraetepreis.de.

Neuer Online-Shop auf Ebay: AWO-Inklusionsunternehmen DasDies Service GmbH kämpft um die Sozialkaufhäuser „Die Stöberei“



Das Kaufhaus-Team um Maciej Kozlowski (2. von rechts) freut sich über einen Online-Besuch von Interessierten, die das Stöberei-Angebot bequem von zuhause aus durchstöbern möchten.

Das AWO-Inklusionsunternehmen DasDies Service GmbH kämpft um die Sozialkaufhäuser „Die Stöberei“. Unter anderem mit einem neu eingerichteten Online-Shop auf Ebay: https://www.ebay.de/str/diestoeberei

Seit über 30 Jahren betreibt die Arbeiterwohlfahrt Sozialkaufhäuser im Kreis Unna. Das Inklusionsunternehmen der AWO Ruhr-Lippe-Ems, die DasDies Service GmbH, hat diese vor mehr als 15 Jahren übernommen und dort 40 dauerhafte Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung und Langzeitarbeitslose sowie viele Ausbildungsplätze geschaffen. „Die Kaufhäuser haben im letzten Jahrzehnt viele schwierige Zeiten erlebt“, sagt Maciej Kozlowski. Der Geschäftsführer nennt als Beispiele die Einführung des Euros, die Reduzierung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die Steigerung der Benzin- und Energiepreise und die Veränderung des Einzelhandels durch den Online-Handel. „All diese Hürden haben wir bislang gut gemeistert und sind stetig gewachsen“, so Kozlowski weiter. Er betont aber auch: „Wir stellen uns nun

seit einem Jahr der Herausforderung der Pandemie, obwohl die Umsätze um 70 Prozent im Vergleich zu Vor-Corona-Zeiten eingebrochen sind.“

Im vergangenen Jahr hatte die Aktion Mensch die DasDies Service GmbH über ein Coronahilfe-Programm unterstützt. Während der gesamten Zeit hat das DasDies-Team an verschiedenen kreativen Lösungen gearbeitet, um die Auswirkungen der Pandemie abzufedern. So nähten die Mitarbeiter*innen zum Beispiel Alltagsmasken oder veranstalteten einen kontaktlosen Trödelmarkt.

Menschen versorgen, Nachhaltigkeit fördern, Arbeitsplätze sichern

„Drei Ziele stehen jetzt im Vordergrund“, erläutert Kozlowski: „Erstens wollen wir weiterhin Menschen versorgen, die bereits vor der jetzigen Situation mit geringem Einkommen klarkommen mussten. Zweitens möchten wir uns mit guten Second-Hand-Angeboten und wiederverwertbarer Ware für Nachhaltigkeit und Umweltschutz einsetzen. Für immer mehr Menschen ist die langlebige Nutzung von Produkten – zum Beispiel guter gebrauchter Kleidung oder ausgefallener Möbelstücke – wichtig, um zum Energiesparen und Materialrecycling beizutragen. Und drittens ist es unser Ziel, die geschaffenen Arbeits- und Ausbildungsplätze für Menschen mit Behinderung und Langzeitarbeitslose zu sichern und zu erhalten.“ In den vergangenen Wochen während des zweiten Lockdowns haben Maciej Kozlowski und seine Mitarbeitenden weitere Maßnahmen getroffen, um die Einbußen zu mildern. Unter anderem präsentieren sie die Waren, die man telefonisch oder per Internet erwerben kann, jetzt auf Monitoren in den Schaufenstern.

Neuer Online-Shop

Auf der Internetseite der Sozialkaufhäuser führt ein Link zu dem neu eingerichteten Online-Shop. Diesen können Interessierte nach ausgewählten Artikeln – vor allem Möbel – „durchstöbern“. Zudem können Waren telefonisch angefragt

werden. Auch eine Terminvereinbarung für die kontaktlose Abholung und die Abgabe von Spenden ist in den Stöbereien möglich.

Arbeit als Gesundheitsfaktor

„Die Arbeit als solches und die dauerhafte Beschäftigung hat eine enorme Bedeutung, nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, sondern auch aus sozialer und psychologischer Sicht“, sagt Diplom-Psychologe Kozlowski und erläutert: „Die Arbeitsstelle ist für viele Beschäftigte der wichtigste und für manche einzige Ort, um soziale Kontakte zu knüpfen und zu unterhalten. Zudem erhalten sie ein Feedback bezüglich ihrer Tätigkeit und erfahren Wertschätzung. So lernen sie die Sinnhaftigkeit einer beruflichen Tätigkeit schätzen.“ Die Struktur des Arbeitsplatzes übertrage sich auf die Strukturierung des Tagesablaufes eines Jeden, so Kozlowski. „Viele Mitarbeitende erfahren und erlenen gerade in der Arbeit, wie man mit den Maßnahmen gegen Corona umgehen kann. Die erwähnten Aspekte haben enormen Einfluss auf geregeltes Lebens und die Gesundheit der Beschäftigten.“

Auch Sarah Hartleb von der Schwerbehindertenvertretung macht sich Sorgen um die Arbeitsplätze. Sie hofft auf den Erfolg der neuen Verkaufsstrategien und ein baldiges Ende des Lockdowns: „Die Mitarbeitenden haben viel Verständnis für die Maßnahmen und unterstützen sie engagiert“, sagt Sarah Hartleb. Gemeinsam mit Maciej Kozlowski bedankt sie sich bei den treuen Kunden und großzügigen Spendern, die bislang die Second-Hand-Kaufhäuser tatkräftig unterstützen.

Link zum Online-Shop: http://www.die-stoeberei.de>

Telefonische Anfragen / Terminvereinbarungen: Tel. 02306 7511011

Sexuelle Vielfalt im Kontext Flucht: Online-Vortrag über die Lebensrealitäten LSBTI*-Geflüchteter

Lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche (LSBTI*) Geflüchtete stehen vor besonderen Herausforderungen. Dies trifft nicht nur auf die Erfahrungen im Herkunftsland und auf dem Fluchtweg zu, sondern auch auf die Zeit nach ihrer Ankunft in Deutschland. Der Aufenthalt in Sammelunterkünften ist häufig von homo- und transfeindlichen Gewalterfahrungen geprägt. Auch im Asylverfahren gibt es für sie besondere Hürden.

Wie ist die Lebensrealität LSBTI*-Geflüchteter? Welche besonderen (Schutz-)Bedarfe haben sie? Und welche praktischen Handlungsansätze ergeben sich daraus? Diesen und weiteren Fragen widmet sich die Referentin Alva Träbert vom NRW-weiten Schulungsprojekt „LSBTI* und Flucht“ der Rosa Strippe e.V. am Donnerstag, den 4. März, zwischen 10 und 12 Uhr.

Organisiert wird der kostenfreie Online-Vortrag vom Bildungswerk Multi-Kulti in Kooperation mit der Integrationsagentur und der Migrationsberatungsstelle des Multikulturellen Forums. Eine Anmeldung ist erforderlich, per E-Mail unter anmeldung-bw@multikulti-forum.de, telefonisch unter 02306 37893-12 oder online unter www.multikulti-forum.de/kurse.

Nächster DRK-Blutspendetermin am 23. Februar im Martin-Luther-Haus in Weddinghofen

Der nächste Blutspendetermin des DRK in Bergkamen findet am Dienstag, 23. Februar, von 15 bis 19.30 Uhr im Martin-Luther-Haus, Goekenheide 7, in Weddinghofen statt.

Trotz schwieriger Wetterbedingungen hat der DRK Blutspendedienst in den vergangenen Tagen kontinuierlich Blutspenden durchgeführt. „Bevor sich Spender auf den Weg zu uns machen, empfehlen wir einen Blick auf die Internetseite des Blutspendedienstes." rät Stephan Jorewitz vom Zentrum für Transfusionsmedizin in Hagen und ergänzt: „Der Blutspendedienst informiert tagesaktuell über Terminausfälle, Zulassungsbestimmungen, eventuelle Ausschlusskriterien und vieles mehr rund um die Blutspende. Wir bitten alle Spender weiterhin ausdrücklich darum, sich im Vorfeld unter blutspende.jetzt einen Termin zu reservieren und eine medizinische Maske zu tragen."

„Medizinische Maske" definiert sich laut § 3 Absatz 1 der Coronaschutzverordnung NRW wie folgt: „Medizinische Masken […] sind sogenannte OP-Masken, Masken des Standards FFP2 oder diesen vergleichbare Masken (KN95/N95)."

Aus Infektionsschutzgründen bittet der Blutspendedienst darum, auf Begleitpersonen zu verzichten sowie einen eigenen Kugelschreiber zu benutzen. Blutspender werden nicht auf Corona getestet – für die Übertragbarkeit des Coronavirus durch Blut gibt es keine Hinweise. Aktuell gibt es anstelle der Bewirtung zum Abschluss der Blutspende einen kleinen

Imbiss als „Lunch-ToGo“.

Blut spenden kann jeder ab 18 Jahren; Neuspender bis zum 69. Geburtstag. Zur Blutspende **muss** immer ein amtlicher Lichtbildausweis mitgebracht werden. Männer dürfen sechs Mal und Frauen vier Mal innerhalb von zwölf Monaten Blut spenden. Zwischen zwei Blutspenden müssen 56 Tage liegen. Für alle, die mehr über die Blutspendetermine in Wohnortnähe erfahren wollen, hat der DRK-Blutspendedienst West im Spender-Service-Center eine kostenlose Hotline geschaltet. Unter 0800 -11 949 11 werden montags bis freitags von 8.00 bis 18.00 Uhr alle Fragen beantwortet.

Ambulante Pflegekräfte der AWO im Kreis Unna erhalten den ersehnten Impfschutz



Pflegekräfte des ambulanten Pflegedienstes der AWO im Kreis Unna wurden jetzt zum ersten Mal geimpft.

Am Dienstag, 16. Februar, wurden die Pflegekräfte des ambulanten Pflegedienstes der AWO Ruhr-Lippe-Ems im Kreis Unna zur Erstimpfung eingeladen. Die Impfung von Pflegekräften schützt die Menschen, die seit vielen Monaten häufig den einzigen Kontakt von Älteren und Pflegebedürftigen außerhalb der Kernfamilie darstellen und somit auch die zu pflegenden Menschen. „Wir sind als Team stolz darauf, dass wir es dank unserer guten Hygienekonzepte immer sicherstellen konnten, alle unsere Patientinnen und Patienten zu versorgen.“ berichtet die zu Recht stolze Pflegedienstleiterin der AWO, Margret Höner, und ergänzt: „Das frühzeitige Impfangebot an alle ambulanten Pflegekräfte und der daraus resultierende Schutz unserer Mitarbeitenden ist die nachhaltigste Form, um die Wertschätzung zum Ausdruck zu bringen, die alle Pflegekräfte verdienen.“

Im Gegensatz zu Meldungen aus Pflegebereichen mit geringer Impfbeteiligung ist diese im AWO Pflegedienst extrem hoch, da den Mitarbeitenden der AWO wichtig ist, einen persönlichen Beitrag zu Bewältigung dieser Pandemie zu leisten. Magnus Memmeler, Fachbereichsleiter Ambulante Gesundheitsdienste: „Ich bin sehr stolz, dass sowohl in unserer ambulanten Pflege als auch in den drei AWO Tagespflegen im Kreis Unna eine sehr große Impfbereitschaft besteht und unsere Mitarbeitenden die Impfteilnahme nicht als riskante Pflicht betrachten. Vielmehr sehen alle AWO Pflegekräfte die Impfung als Chance auf mehr Normalität.“

Diese erste Impfung der Mitarbeitenden des AWO Pflegedienstes ist der erste große Schritt in Richtung eines umfänglichen Schutzes für die AWO Pflegekräfte, der hoffentlich sehr früh durch eine zweite Impfung vervollständigt werden kann. Die Mitarbeitenden der AWO freuen sich bereits auf den zweiten Pieks.

Wie auch in anderen Regionen mussten die Mitarbeitenden des AWO Pflegedienstes das Impfzentrum aufsuchen. Die Mitarbeitenden lobten die gute Organisation und den reibungslosen Ablauf der Schutzimpfung im Impfzentrum des Kreises Unna.

Nun erwarten alle Tagespflegegäste und Pflegekräfte der AWO Tagespflegen, dass auch hier alsbald ein Impfangebot formuliert wird, um es den Kräften der ambulanten Pflege gleich tun zu können.

Weitere Informationen: www.awo-rle.de/ambulante-pflege<http://www.awo-rle.de/ambulante-pflege>

IG BAU: Fachkräfte sollen Tariflohn verlangen – Die Lohnuntergrenze ist im Kreis Unna für 490 Dachdecker gestiegen



Dachdecker haben Anspruch

auf einen höheren Mindestlohn. Die IG BAU ruft Beschäftigte zum Lohn-Check auf. Foto: IG BAU

Mehr Geld im Handwerk: Für die rund 490 Dachdecker aus dem Kreis Unna gilt eine neue tarifliche Lohnuntergrenze. Gelernte Kräfte haben seit 1. Januar Anspruch auf einen Mindestverdienst von 14,10 Euro pro Stunde – 3,7 Prozent mehr als bisher. Das teilt die IG BAU Westfalen Mitte-Süd mit – und ruft Beschäftigte in der Region zum Lohn-Check auf. „Auf der aktuellen Lohnabrechnung muss das Plus auftauchen. Wer leer ausgeht, sollte sich an die Gewerkschaft wenden“, so Bezirksvorsitzender Friedhelm Kreft.

Die IG BAU appelliert zugleich an Fachkräfte, auf dem deutlich höheren Tariflohn zu bestehen. Dieser liegt bei 19,12 Euro pro Stunde. „Trotz Pandemie laufen die Arbeiten im Dachdeckerhandwerk auf Hochtouren. Hier sollte sich niemand unter Wert verkaufen“, sagt Kreft. Anspruch auf die tarifliche Bezahlung haben Gewerkschaftsmitglieder, deren Firma Mitglied in der Dachdeckerinnung ist.

Außerdem bleibt die tarifliche Altersvorsorge in der Branche bestehen. „Die Unternehmen wollten bei der Zusatzrente sparen. Die Folgen für Dachdecker, die wegen der harten körperlichen Arbeit nur selten bis zum gesetzlichen Rentenalter durchhalten und nur auf geringe Altersbezüge kommen, wären fatal gewesen. Jetzt müssen Arbeitgeber sogar einen höheren Rentenbeitrag zahlen“, erklärt IG BAU-Bundesvorstandsmitglied Carsten Burckhardt. Für Beschäftigte sei damit die tarifliche Extra-Rente von 94 Euro pro Monat gesichert.

Auch die Vergütungen für Azubis sind zum Januar gestiegen. Sie kommen jetzt auf 780 Euro im ersten, 940 Euro im zweiten und 1.200 Euro im dritten Ausbildungsjahr.